

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 8. Juli 2009, um 17.00 Uhr im Ratssaal
Schillerstraße 4

Anwesend:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling als Vorsitzender
Beigeordneter Rolf Franzen

und folgende Ratsmitglieder:

- 1 Ballbach Thomas
- 2 Dr. Bock Reinhard
- 3 Cleemann Evelyne
- 4 Danner Hedi
- 5 Dettweiler Kurt
- 6 Düker Bernhard (ab 17.05 Uhr, TOP I/1)
- 7 Eckerlein Thomas
- 8 Gauf Christian
- 9 Dr. Gensch Christoph
- 10 Graßhoff Martin
- 11 Gries Thorsten
- 12 Hahn Günter
- 13 Dr. Hitschler Walter
- 14 Kaiser Ingrid
- 15 Kirchner Annegret
- 16 Krauskopf Hanne
- 17 Kretschmar Uwe
- 18 Kroh Jürgen
- 19 Metzger Elisabeth
- 20 Moulin Stephane
- 21 Nunold Matthias
- 22 Dr. Ohler Wolfgang
- 23 Dr. Pohlmann Norbert
- 24 Presl Fritz
- 25 Rauch Christina
- 26 Reich Josef

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

27	Reitnauer Oliver
28	Rimbrecht Walter
29	Ruf Achim
30	Dr. Runge Dietmar
31	Schanne-Raab Gertrud
32	Scharfenberger Florian
33	Schiller Eckhart
34	Schneider Dirk
35	Schönborn Peter
36	Stauch Hanne
37	Streuber Elke
38	Wilhelm Sabine

Es fehlten entschuldigt:

Bürgermeister Heinz Heller (in Urlaub)
Scherer Richard
Zahler Kurt

Außerdem waren anwesend:

Amt 10 – Herr Körner und Frau Schwab
Amt 14 – Herr Hudlet
Amt 20 – Herr Kaufmann
Amt 30 – Herr Schmidt
Amt 32 – Herr Deller
Amt 40 – Herr Imhof
Amt 41 – Herr Huble
Amt 50 – Herr Stock
Amt 51 – Herr Wilhelm
Amt 60 – Herren Morscher, Conrad und Altmayer
Gleichstellungsstelle – Frau Kuppitz
Personalrat – Herr Kallenbrunnen
Stabsstelle – Frau Kraft
Stadtwerke – Herr Brennemann
Vorsitzender des Ausländerbeirates – Herr Liebmann
sowie zahlreiche Gäste

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Tagesordnung

- 1 Verpflichtung der Ratsmitglieder
- 2 Geschäftsordnung für den Stadtrat
- 3 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken;
Streichung der Stelle eines ehrenamtlichen Beigeordneten
(Anträge der SPD-Fraktion und Fraktion Grüne Liste vom 23.06.09)
- 4 Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration
- 5 Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Zweibrücken;
Änderung der Mitgliederzahl des Jugendhilfeausschusses
- 6 Bildung und Wahl von Ausschüssen
- 7 Wahl von Vertretern der Stadt in Gremien
- 8 Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine
- 9 Bebauungsplanverfahren Mi-H 9 „Auf Äckerchen“
 - Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
 - Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)
 - Satzungsbeschluss
- 10 Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplanverfahren NA 32 „Hinten auf den Zeilbäumen“
 - Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
 - Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)
 - Beschluss der Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes
 - Satzungsbeschluss
 - Beschluss der „Zusammenfassenden Erklärung“ gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bzw. § 10 Abs. 4 BauGB
- 11 Stadtwerke Zweibrücken GmbH
 - Feststellung des Jahresabschlusses 2008
 - Zuzahlung der Gesellschafter für den Betriebszweig Wasserversorgung
 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008
 - Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2009
- 12 Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH
 - Feststellung des Jahresabschlusses 2008
 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008
 - Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2009

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

- 13 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO;
Annahme von Spenden
- 14 Elektronischer Versand von Sitzungsprotokollen
(Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 23.06.09)
- 15 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für
das Rechnungsjahr 2010;
Vorschlag für einen angemessenen und zumutbaren Zeitplan zur Beratung und Bes-
chlussfassung im November 2009
(Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.09)
- 16 Neuerstellung der öffentlichen Beleuchtung im Themenweg zwischen der
Geschwister-Scholl-Allee und der Landauer Straße mit LED-Leuchten;
Vergabe der Neuerstellung
- 17 Dorfgemeinschaftshaus Wattweiler;
Vergabe Wärmedämmverbundsystem

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass zwischenzeitlich das ehemalige Ratsmitglied Karl Glahn verstorben sei.

Anschließend erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling dankt den Anwesenden, dass sie sich zu Ehren von Herrn Glahn erhoben haben.

Anschließend stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Stadtrates sowie die form- und fristgerechte Einladung der Ratsmitglieder fest.

Darüber hinaus erklärt er, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung um zwei Punkte zu erweitern sei, nämlich zum einen die Neuerstellung der öffentlichen Beleuchtung im Themenweg zwischen der Geschwister-Scholl-Allee und der Landauer Straße mit LED-Leuchten sowie die Vergabe eines Wärmedämmverbundsystems im Dorfgemeinschaftshaus Wattweiler. Die genannten Punkte werden als Tagesordnungspunkt 16 und 17 in die Tagesordnung aufgenommen.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Verpflichtung der Ratsmitglieder**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling beglückwünscht die Ratsmitglieder zu ihrer Wahl und erläutert die Bestimmungen der Gemeindeordnung zu den Pflichten der Ratsmitglieder, wie Schweigepflicht, Treuepflicht und Sonderinteresse.

Im Anschluss daran verpflichtet Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling alle anwesenden Ratsmitglieder durch Handschlag.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling berichtet im Anschluss, dass der Stadtvorstand im Zusammenhang mit der Besetzung der Stelle des Leiters der Volkshochschule einstimmig beschlossen habe, die Einigungsstelle einzuschalten.

Verteiler:

11 – 1 x

40 – 1 x

Personalrat – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 2: Geschäftsordnung für den Stadtrat

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksachen Nrn. 5 und 6.

Ratsmitglied Presl erklärt, dass die SPD-Fraktion die Beibehaltung der bisherigen Regelung, wonach zwei Ratsmitglieder die Niederschrift mit unterzeichnen, bevorzuge.

Ratsmitglied Schanne-Raab nimmt Bezug auf die Regelung in der Gemeindeordnung, wonach Einwendungen gegen die Niederschrift spätestens bei der nächsten Stadtratssitzung vorzubringen seien. Sie führt aus, dass deshalb eine Beschleunigung des Prozesses der Zuleitung der Niederschriften an die Ratsmitglieder anzustreben sei.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass die Mitunterzeichnung durch zwei Ratsmitglieder beizubehalten sei und dies auch nicht zu einem erheblichen Zeitverzug führe. Die Mitunterzeichnung sei erforderlich, um dem Rat eine ausreichende Kontrolle über das Protokoll zu ermöglichen. Dies sei nicht mehr gewährleistet, sobald die Niederschrift nur noch von dem Vorsitzenden und dem von ihm bestellten Schriftführer unterzeichnet werde. Dies gelte insbesondere in Bezug auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung, welcher nur den Fraktionsvorsitzenden und nicht auch den übrigen Ratsmitgliedern zugehe. Darüber hinaus hätten die Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt, dass das Protokoll in manchen Fällen im Vorfeld zu korrigieren gewesen sei. Die Möglichkeit, das Protokoll im Vorfeld kontrollieren zu können, müsse auch weiterhin durch die Mitunterzeichnung durch zwei Ratsmitglieder bestehen bleiben.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass die FDP-Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung, wonach die Niederschrift lediglich vom Vorsitzenden und einem von ihm bestellten Schriftführer zu unterzeichnen ist, einverstanden sei. Der Vorteil dieses Vorschlages bestehe darin, dass die Niederschriften schneller den Ratsmitgliedern zugeleitet werden und mögliche Einwendungen gegen das Protokoll in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden könnten.

Ratsmitglied Reitnauer schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Hitschler an und erklärt, dass auch die FWG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass er die Mitunterzeichnung durch zwei Ratsmitglieder für sinnvoll erachte. Die Niederschriften sollten jedoch zusätzlich, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, auf elektronischem Wege allen Ratsmitgliedern zugeleitet werden.

Ratsmitglied Schiller erklärt, dass der Verwaltungsvorschlag sinnvoll sei und die CDU-Fraktion diesem deshalb zustimmen werde.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung zu einem umständlicheren Verfahren bei möglichen Änderungen der Niederschrift führen werde. Dies sei darauf zurückzuführen, dass laut Verwaltungsvorschlag der nichtöffentliche Teil der Sitzungen weiterhin nur den Fraktionsvorsitzenden zugehen werde. Die übrigen Ratsmitglieder können den nichtöffentlichen Teil nur auf Verlangen bei der Verwaltung einsehen.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Bei dem Vorbringen von Einwendungen erst in der nächsten Stadtratssitzung müsse dann - wie bereits in der Vergangenheit geschehen - ein Wortprotokoll erstellt werden, was die Änderung der Niederschrift erheblich verzögere. Er befürworte es deshalb, an der bisherigen Regelung der Mitunterzeichnung durch zwei Ratsmitglieder festzuhalten, damit die Niederschrift insbesondere des nichtöffentlichen Teils der Ratssitzung schneller und bereits im Vorfeld geändert werden könne.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass sich durch den Vorschlag der Verwaltung an der Handhabung der Erstellung des Protokolls nichts ändern werde. Lediglich die Frage, zu welchem Zeitpunkt das Protokoll vom Stadtrat akzeptiert sei, werde durch den Vorschlag betroffen. Bei der bisherigen Regelung sei es so, dass das Protokoll bereits dann genehmigt sei, wenn die zwei bestimmten Ratsmitglieder dieses unterzeichnet haben. Dadurch seien die Rechte der übrigen Ratsmitglieder bislang eher geschwächt worden. Der jetzige Vorschlag der Verwaltung führe zu einer Verstärkung der Rechte aller Ratsmitglieder, da das Protokoll erst dann genehmigt sei, wenn in der nächsten Stadtratssitzung keine Einwendungen gegen das Protokoll erhoben werden.

Ratsmitglied Kroh nimmt Bezug auf § 19 Abs. 3 a) des Entwurfs der Geschäftsordnung, wonach eine Anfrage schriftlich in angemessener Zeit zu beantworten ist, falls eine vollständige Beantwortung in der Sitzung nicht erfolgen kann. Er erklärt, dass es sinnvoll sei, den unbestimmten Begriff der angemessenen Zeit zu konkretisieren und anstatt dessen einzuführen, dass die Anfrage schriftlich in der Regel innerhalb von vier Wochen zu beantworten sei. Er beantragt deshalb, dass dieser Teil der Geschäftsordnung entsprechend geändert werde.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass sie eine noch deutlichere Regelung bevorzuge und deshalb beantrage, die Passage dahingehend zu ändern, dass die Anfrage schriftlich innerhalb von vier Wochen zu beantworten sei.

Ratsmitglied Kroh erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Beigeordneter Franzen führt aus, dass auch er die Nennung eines Zeitrahmens für sinnvoll erachte. Da es jedoch Angelegenheiten gebe, bei denen eine Beantwortung innerhalb von vier Wochen nicht immer möglich sei, bevorzuge er die Regelung, wie ursprünglich von Ratsmitglied Kroh vorgeschlagen, dahingehend abzuändern, dass eine Anfrage schriftlich in der Regel innerhalb von vier Wochen zu beantworten sei.

Ratsmitglied Graßhoff beantragt, dass die Regelung der Geschäftsordnung dahingehend abgeändert werde, dass eine Anfrage schriftlich in der Regel innerhalb von vier Wochen zu beantworten sei. Es müsse gewährleistet sein, dass die Verwaltung in Zeiten, in denen eine dringliche Sachbearbeitung notwendig sei, eine Anfrage aus dem Stadtrat insbesondere dann, wenn diese von geringerer Bedeutung sei, zurückstellen könne.

Der Vorsitzende lässt sodann über den erweiterten Antrag von Ratsmitglied Kaiser abstimmen. In der anschließenden Abstimmung stimmen 25 Ratsmitglieder für den Antrag.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Änderung der Geschäftsordnung einer Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder erfordert. Der Antrag sei deshalb abgelehnt.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Sodann erfolgt eine Abstimmung über die von der Verwaltung in der Stadtratsdrucksache Nr. 5 vorgeschlagenen Geschäftsordnung. In der nachfolgenden Abstimmung stimmen 25 Ratsmitglieder für die von der Verwaltung vorgeschlagene Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende erklärt, dass wiederum die für die Änderung der Geschäftsordnung notwendige Mehrheit nicht erreicht sei und deshalb die Mustergeschäftsordnung des Innenministeriums gelte.

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 6.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat billigt Tonaufzeichnungen zur Anfertigung der Niederschrift bei nichtöffentlicher Sitzung allgemein für alle Sitzungen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 2 x

30 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 3: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken; Streichung der Stelle eines ehrenamtlichen Beigeordneten (Anträge der SPD-Fraktion und Fraktion Grüne Liste vom 23.06.09)

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling verweist auf Stadtratsdrucksachen Nrn. 8, 9 und 10.

Ratsmitglied Presl begründet den Antrag der SPD-Fraktion damit, dass die Führungsebene der Stadtverwaltung gestrafft werden solle, um durch eine sinnvolle Dezernatsverteilung eine Effizienzsteigerung zu erzielen.

Ratsmitglied Schanne-Raab nimmt Bezug auf den entsprechenden Antrag der Fraktion Grüne Liste und führt aus, dass die genannte Fraktion den Antrag auf Verkleinerung des Stadtvorstandes bereits vor fünf Jahren bei der damaligen konstituierenden Sitzung des Stadtrates sowie vor zwei Jahren bei der Wahl des Bürgermeisters und des hauptamtlichen Beigeordneten gestellt habe. Damals sei jedoch keine Unterstützung durch die übrigen Fraktionen für diesen Antrag erfolgt. Erst beim Wahlkampf 2009 hätten auch weitere Fraktionen diese Idee unterstützt. Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sie sich über diese Meinungsänderung sehr freue. Bei einer Verkleinerung des Stadtvorstandes und einer Neuverteilung der Dezernate sollte jedoch berücksichtigt werden, dass eine sinnvolle Einteilung vorgenommen wird sowie alle drei Mitglieder des Stadtvorstandes damit einverstanden sind. Darüber hinaus solle die Einteilung so erfolgen, dass sich alle zum Wohle der Stadt einsetzen könnten.

Ratsmitglied Reitnauer führt aus, dass durch die Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten kein sinnvolles Sparen erreicht werde. Er spreche sich im Namen der FWG-Fraktion dafür aus, dass die genannte Stelle beibehalten werde und auch weiterhin von dem bisherigen Beigeordneten Dettweiler geführt werde. Dieser habe eine hervorragende Arbeit geleistet und sei stets mit Herzblut bei der Sache gewesen. Solche Personen, die Einsatz für die Stadt zeigten, seien wichtig. Falls die Stelle nun weg falle und die Aufgaben jemandem zugeteilt würden, der keine Lust habe, das Bauamt zu führen, werde dies unweigerlich zu einem Schaden für die Stadt führen. Fraglich sei deshalb, ob sich die Einsparung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten damit tatsächlich rechne. Gerade das Bauamt sei eine Servicestelle von welcher die Bürger erwarteten, dass ihre Belange mit Engagement, Interesse und einem Mindestmaß an Sachverstand bearbeitet würden. Das Bauamt sei zu wichtig, um als Spielball in einem politischen Kleinkrieg zu fungieren. Falls es bei einer Neuverteilung der Dezernate zu einer Zusammenlegung von EBZ und Bauamt komme, sei Willkür Tür und Tor geöffnet, da dann eine Kontrolle zwischen Rechnung und erbrachter Leistung nicht mehr gegeben sei.

Ratsmitglied Nunold führt aus, dass die geplante Änderung der Hauptsatzung einen historischen Schritt darstelle. Einige Oberbürgermeister hätten mit dem Amt des ehrenamtlichen Beigeordneten ihre politische Karriere begonnen. Dies seien seit Ignaz Roth fast alle SPD-Oberbürgermeister gewesen. Die Fraktion Die Linke begrüße ein grundsätzliches Sparen, jedoch müsse man sich bei der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten fragen, ob dadurch tatsächlich Einsparungen erzielt werden. Die Betreuung des Bauamtes sei sehr zeitaufwändig. Eine Zuteilung zu den übrigen drei Mitgliedern des Stadtvorstandes sei nicht sinnvoll, da diese mit den von ihnen zu betreuenden Ämtern genug zu tun hätten und diese Arbeit auch gut erledigten. Bei der Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

würden zwar 20.400,00 € im Jahr eingespart. Dieser Betrag sei jedoch auf den zweiten Blick in Bezug auf die Vielfalt der Arbeit, die im Bauamt anfalle, sinnvoll angelegt. Dies gelte gerade im Hinblick auf die Innenstadtsanierung. Eine Wiederbesetzung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten sei deshalb angebracht; die Fraktion Die Linke werde sich deshalb den Anträgen der Fraktion Grüne Liste und der SPD-Fraktion nicht anschließen.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass der bisherige Beigeordnete Dettweiler in den letzten fünf Jahren die schwierigste Aufgabe innerhalb der Stadtspitze zu bewältigen gehabt habe, da das Bauamt einen Arbeitsumfang erfordere, welcher grundsätzlich nur von einem hauptamtlichen Beigeordneten zu bewältigen sei. Dennoch sei die FDP-Fraktion mit der von Herrn Dettweiler geleisteten Arbeit nicht zufrieden. Ratsmitglied Dr. Hitschler nennt die wiederkehrenden Beiträge, den Straßenausbau und das Projekt Hilgard-Center und erklärt, dass diese Vorhaben durch Herrn Dettweiler gebremst worden seien. Darüber hinaus habe dieser beim Baugebiet „Heckfelder“ in Oberauerbach von Amts wegen entschieden, die Aufgabe der Erschließung nicht einem privaten Unternehmen zu übertragen, sondern diese Aufgabe durch das Bauamt selbst ausführen zu lassen. Diese Entscheidung koste die Stadt nun 10 % der Erschließungskosten, wohingegen die Ausführung durch das private Unternehmen die Stadt nichts gekostet hätte. Ratsmitglied Dr. Hitschler bemängelt zudem die Rolle des Stadtbauamtes im Zusammenhang mit dem Einzelhandelskonzept. Auch habe Beigeordneter Dettweiler beschlossen, das Projekt Fußgängerzone auf die Zeit nach der Kommunalwahl zu verschieben.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass man die genannten Punkte Herrn Dettweiler nicht persönlich anlasten könne, da im Bauamt auch eine schwierige personelle Situation herrsche; dennoch habe er als verantwortlicher Beigeordneter dafür gerade zu stehen. Ratsmitglied Dr. Hitschler führt weiter aus, dass angesichts der Größe von Zweibrücken drei Dezernenten ausreichend seien, weshalb die FDP-Fraktion den Anträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion Grüne Liste zustimmen werde.

Ratsmitglied Schneider führt aus, dass die Ämter der Stadtverwaltung sehr gut auf drei Dezernate aufgeteilt werden könnten und deshalb die Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten kein Problem darstelle. Sinnvoll sei es dabei, die Verantwortung für das Bauamt und den EBZ zusammenzuführen; somit könne eine effiziente und optimale Struktur geschaffen werden. Darüber hinaus würden viele Städte nur über drei Dezernenten verfügen.

Ratsmitglied Düker erklärt klarstellend, dass es der SPD-Fraktion bei ihrem Antrag nicht um die Person des Herrn Dettweiler gehe, sondern der Antrag auf Streichung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten eine logische Schlussfolgerung aus der von der SPD-Fraktion gewünschten Dezernatsaufteilung sei. Sinnvoll sei es, die beim Bauamt angesiedelte Stadtplanung und die Wirtschaftsförderung zu verknüpfen und dem Dezernatsbereich des Oberbürgermeisters zuzuordnen.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Nunold erklärt Ratsmitglied Rimbrecht, dass die Aufwendungen in Höhe von 20.400,00 € im Jahr für einen ehrenamtlichen Beigeordneten eine hohe Summe darstelle; oft werde an anderer Stelle über kleinere einmalig zu leistende Zahlungen viel stärker diskutiert.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass er entgegen seiner früheren Meinung mit der von Herrn Dettweiler geleisteten Arbeit zufrieden sei. Vorliegend gehe es jedoch darum, die Kosten für die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten einzusparen und eine vernünftige Aufgabenaufteilung zu erzielen. Die beim Bauamt aufgetretenen Probleme seien insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Kompetenz über das Personal nicht beim bisherigen Beigeordneten Dettweiler gelegen habe. Derjenige Dezernent, der das Bauamt führe, solle auch die Kompetenz über das dortige Personal haben. Darüber hinaus habe ein Dezernent, welcher ehrenamtlich tätig ist, nicht die nötige Macht im Stadtvorstand.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass er von der Einstellung des Oberbürgermeisters, der das Bauamt nicht in seinen Dezernatsbereich übernehmen möchte, überrascht sei. Der künftige für das Bauamt zuständige Dezernent müsse seine Aufgabe als Chance für die Stadtentwicklung von Zweibrücken sehen.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann führt aus, dass es bei dem Antrag der Fraktion Grüne Liste nicht um die Person des Herrn Dettweiler gehe. Die Fraktion Grüne Liste sei im Wesentlichen mit der Arbeit des bisherigen Baudezernenten zufrieden gewesen.

Ratsmitglied Kretschmar führt aus, dass es in Zweibrücken seit über 45 Jahren einen ehrenamtlichen Beigeordneten gebe, welchem ein angemessener Geschäftsbereich übertragen worden sei. Dies werde auch in den übrigen Städten in Rheinland-Pfalz, mit Ausnahme von Speyer, so gehandhabt. Die ehrenamtlichen Beigeordneten hätten im Rahmen des ihnen Möglichen stets ihr bestes gegeben. Dies gelte auch für den bisherigen Baudezernenten Dettweiler, insbesondere weil der Aufgabenbereich des Bauamtes einen hohen zeitlichen Aufwand fordere. Ratsmitglied Kretschmar führt weiter aus, dass bei der Abschaffung der Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten seiner Ansicht nach sachliche oder fachliche Gründe vorliegen müssten. Solche Gründe seien vorliegend nicht erkennbar; auch führe die Abschaffung nicht zu einem Vorteil, sondern eher zu weiteren Problemen. Die Streichung könne auch nicht mit der Begründung vorgenommen werden, dass Aufwendungen gespart würden, denn bezogen auf die Personalausgaben der Stadt Zweibrücken würden bei Streichung der Stelle tatsächlich lediglich 0,09 % der Personalkosten eingespart werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt an dieser Stelle, dass in der heutigen Sitzung nicht über die Dezernatsverteilung, sondern lediglich über die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten entschieden werde. Auch gehe es dabei nicht um die Person von Herrn Dettweiler, mit dessen Arbeit er stets zufrieden gewesen sei und mit dem er gut zusammengearbeitet habe. Darüber hinaus habe Herr Dettweiler als ehrenamtlicher Beigeordneter im Stadtvorstand keine untergeordnete Rolle gespielt, sondern sei gleichberechtigtes Stadtvorstandsmitglied gewesen. Dieser habe sich auch in Angelegenheiten, die über sein Ressort hinausgegangen seien, eingebracht.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling führt aus, dass mit der vorliegenden Änderung der Hauptsatzung eine historische Abstimmung bevorstehe und er dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen werde. Grund sei, dass alle seine Vorgänger mit einem ehrenamtlichen Beigeordneten zusammengearbeitet hätten und man keinem seiner Vorgänger vorwerfen könne, dass es dadurch an einer gestrafften Führung oder einer sinnvollen Dezernatsverteilung gemangelt habe. Darüber hinaus sei keinem bisherigen Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken das Bauamt zugeteilt gewesen; dies sei allein schon aus terminlichen Überschneidungen nicht zu handhaben. Die einzige Stadt in Rheinland-Pfalz, welche über lediglich drei Dezernenten verfüge, sei die Stadt Speyer. Dort sei jedoch zwischen den Dezernenten und den Abteilungsleitern eine weitere Führungsebene zwischengeschaltet.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass in Zweibrücken bei der derzeitigen Besetzung des Stadtvorstandes auf einen Dezernenten ca. 10.000 Einwohner entfallen. Im Vergleich zu anderen Städten sei deshalb der Stadtvorstand der Stadt Zweibrücken überbesetzt.

Der Vorsitzende entgegnet, dass zum einen die Bevölkerungszahl für die Anzahl der Dezernenten nicht ausschlaggebend sei und zum anderen die im Vergleich zu Zweibrücken größeren Städte noch über eine weitere unterhalb der Dezernenten stehende Führungsebene verfügten.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass die vom Vorsitzenden angesprochenen terminlichen Überschneidungen nicht zu erkennen seien.

Der Stadtrat fasst sodann folgenden

B e s c h l u s s :

Der der Drucksache Nr. 10 beigefügte Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken vom 23.09.1994, zuletzt geändert durch Satzung vom 06.09.2001“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
16 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder und der Vorsitzende teil.

Verteiler:

10 – 2 x
30 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 4: **Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 11 und führt aus, dass Zweibrücken stets eine Stadt gewesen sei, in der die Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert einnehme und der Ausländerbeirat hervorragend funktioniere. Er empfiehlt, die vorliegende Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration zu beschließen und bedankt sich an dieser Stelle bei dem anwesenden Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Liebmann, für die gute Arbeit.

Ratsmitglied Presl führt aus, dass von der zu beschließenden Satzung über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration auch viele Menschen betroffen seien, die bereits eingedeutscht seien, aber immer noch von der Migration betroffen seien.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass die Fraktion Grüne Liste der vorliegenden Satzung zustimmen werde. Darüber hinaus möchte sie anregen, dass künftig mehr Informationen über die Arbeit des Beirates in den Stadtrat hineingetragen werden.

Der Vorsitzende erklärt, es sei sehr gut vorstellbar, dass der Vorsitzende des Ausländerbeirates einmal im Monat oder bei wichtigen Themen dem Stadtrat Bericht erstatte.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass der Beirat für Migration und Integration eine sehr wichtige Funktion habe; auch der Begriff sei besser als die bisherige Bezeichnung Ausländerbeirat, da sich die davon betroffenen Personen mit Sicherheit nicht als Ausländer im eigentlichen Sinne fühlen. Man müsse die Aussagen dieses Beirates ernst nehmen. Diese Satzung sei darüber hinaus angesichts der bestehenden Demokratie eine Selbstverständlichkeit. Es sei zu genießen, dass im Zweibrücker Stadtrat Einigkeit über den vorliegenden Beschlussvorschlag bestehe.

Ratsmitglied Dr. Ohler nimmt Bezug auf § 1 Abs. 1 des vorgelegten Satzungsmusters über die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration. Er führt aus, dass seiner Ansicht nach die Begrifflichkeit „Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund“ für Außenstehende sprachlich schwer zu handhaben sei. Der Begriff Ausländerbeirat sei zwar inhaltlich weniger zutreffend als der Begriff Beirat für Migration und Integration, sei aber dafür nach außen hin besser verständlich.

Ratsmitglied Kaiser begrüßt den von Ratsmitglied Schanne-Raab gemachten Vorschlag bezüglich der Berichterstattung durch den Beirat für Migration und Integration. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Ohler erklärt sie, dass ihrer Ansicht nach der Begriff Beirat für Migration und Integration sehr viel besser geeignet sei als der Begriff Ausländerbeirat, da durch den neuen Begriff auch die Menschen miterfasst werden, welche zwar keine Ausländer sind, aber Integrationsprobleme haben.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Problematik durch Ratsmitglied Kaiser richtig dargestellt worden sei. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Ohler führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling aus, dass, falls eine bessere Begrifflichkeit als „Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund“ gefunden werde, diese in die Satzung eingearbeitet werde.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Anschließend fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der der Drucksache Nr. 11 beigefügte Entwurf einer „Satzung der Stadt Zweibrücken zur Bildung eines Beirats für Migration und Integration“ wird als Satzung beschlossen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 2 x

30 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 5: Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Zweibrücken; Änderung der Mitgliederzahl des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 7 und übergibt das Wort an den zuständigen Beigeordneten Franzen.

Beigeordneter Franzen erläutert, dass die im Jugendhilfeausschuss durch den Stadtrat bestimmten stimmberechtigten Mitglieder bislang auf neun Personen beschränkt gewesen seien. Angesichts der neuen politischen Situation im Stadtrat sei es erforderlich, diese Anzahl der Mitglieder auf elf zu erhöhen, damit jede im Stadtrat vertretene Partei bzw. Wählergruppe mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied dem Jugendhilfeausschuss angehören könne.

Ratsmitglied Presl erklärt, dass die SPD-Fraktion der Satzungsänderung nicht zustimmen werde, da keine zwingende Notwendigkeit zur Erhöhung der Mitgliederzahl des Jugendhilfeausschusses gegeben sei.

Ratsmitglied Dr. Hitschler schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Presl an und führt ergänzend aus, dass es auch in früheren Zeiten Fraktionen mit wenigen Sitzen im Stadtrat gegeben habe und damals keine Überlegungen bezüglich einer Sitzserhöhung in den Ausschüssen vorgenommen worden seien. Die Begründung, weshalb die Mitgliederzahl nun erhöht werden soll, sei nicht sachgerecht.

Ratsmitglied Schiller führt aus, dass die Fraktion Die Linke demokratisch in den Stadtrat gewählt worden sei und man ihr deshalb auch die Möglichkeit zugestehen solle, in den Ausschüssen mitzuarbeiten. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt er, dass eine Erhöhung der Mitgliederzahl in Ausschüssen in der Vergangenheit mit derselben wie von der Verwaltung jetzt vorgetragenen Begründung bereits vorgenommen worden sei.

Ratsmitglied Schanne-Raab schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Schiller an und erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss ein Ausschuss sei, in dem eine Vertretung aller in den Stadtrat gewählten Gruppen wichtig sei.

Ratsmitglied Düker führt ergänzend zu den von Ratsmitglied Presl gemachten Ausführungen aus, dass es gerade dem demokratischen Prinzip entspreche, dass bei einer festgelegten Mitgliederzahl in den Ausschüssen eine im Stadtrat mit geringer Sitzzahl vertretene Gruppe in manchen Ausschüssen nicht vertreten sei. Dies sei auf das Hare- Niemeyer-Verfahren zurückzuführen, welches der Sitzverteilung in den Ausschüssen zugrunde liege.

Ratsmitglied Reitnauer begrüßt ausdrücklich die Vertretung aller in den Stadtrat gewählten Gruppen im Jugendhilfeausschuss und im Sportausschuss. Es sei zu beachten, dass in den Ausschüssen bereits viel Arbeit vorgeleistet werde. Für den Fall, dass nicht alle Gruppen des Stadtrates in dem jeweiligen Ausschuss vertreten seien, müsse zusätzlich der Stadtrat beteiligt werden.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Der Stadtrat fasst folgenden

B e s c h l u s s :

Der der Drucksache Nr. 7 beigefügte Entwurf einer „Satzung der Stadt Zweibrücken zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Zweibrücken vom 08.06.1994, geändert durch Satzung vom 16.07.2004“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

18 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 2 x

30 – 1 x

51 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 6: Bildung und Wahl von Ausschüssen

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksachen Nrn. 1 und 2.

Ratsmitglied Reitnauer erklärt, dass die FWG-Fraktion im Sozialausschuss anstelle von Herrn Willi Ecker das Ratsmitglied Annegret Kirchner benennt, damit der erforderliche Anteil von sieben Ratsmitgliedern im Sozialausschuss hergestellt ist.

Anschließend fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

B e s c h l ü s s e :

- 1 Der Hauptausschuss, der Personalausschuss, der Bau- und Umweltausschuss, der Rechnungsprüfungsausschuss, der Kulturausschuss, der Stadtrechtsausschuss, der Schulträgerausschuss, der Umlegungsausschuss, der Jugendhilfeausschuss und der Sozialausschuss setzen sich wie in den Anlagen zu der Stadtratsdrucksache Nr. 1 dargestellt und unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags von Ratsmitglied Reitnauer zusammen.

Da der Stadtrechtsausschuss kein Ausschuss nach der Gemeindeordnung ist, sondern seine gesetzliche Grundlage im Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung hat, muss dort nicht mindestens die Hälfte der Mitglieder Ratsmitglieder sein.

- 2 Entsprechend der Stadtratsdrucksache Nr. 2 wird Herr Vermessungsdirektor Günter Möller als Vorsitzender und Herr Obervermessungsrat Michael Loos als stellvertretender Vorsitzender des Umlegungsausschusses der Stadt Zweibrücken gewählt.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x
11 – 1 x
14 – 1 x
30 – 1 x
40 – 1 x
41 – 1 x
50 – 1 x
51 – 1 x
60 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 7: Wahl von Vertretern der Stadt in Gremien

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksachen Nrn. 3 und 4.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgende

Beschlüsse:

- 1 Der Arbeitskreis für Verkehrssicherheit, der Verwaltungsrat der Sparkasse Südwestpfalz, der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wohnen und Bauen GmbH, der Aufsichtsrat der Stadtwerke Zweibrücken GmbH, der Aufsichtsrat der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH, der Zweckverband Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken, die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz, der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar, der Verwaltungsrat des Entsorgungs- und Servicebetriebes, die Verbandsversammlung der Sparkasse Südwestpfalz, der Beirat Verkehrsgesellschaft Zweibrücken GmbH und der Psychiatriebeirat setzen sich wie in den Anlagen zur Stadtratsdrucksache Nr. 3 dargestellt zusammen.

Da der Arbeitskreis für Verkehrssicherheit kein Ausschuss nach der Gemeindeordnung ist, muss dort nicht mindestens die Hälfte der Mitglieder Ratsmitglieder sein.

- 2 Der Beirat zur Siebenpfeiffer-Stiftung und der Beirat zur Ausbildungsförderungs- und Unterstützungsstiftung setzen sich wie in den Anlagen zur Stadtratsdrucksache Nr. 4 dargestellt zusammen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

20 – 1 x

32 – 1 x

60 – 1 x

EBZ – 1 x

ZEF – 1 x

Stadtwerke GmbH – 1 x

Stadtwerke Service GmbH – 1 x

GeWoBau – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 8: Änderung der Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 12 und übergibt das Wort an den zuständigen Beigeordneten Franzen.

Beigeordneter Franzen führt aus, dass der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 die Haushaltsmittel zur Unterstützung der Zweibrücker Sportvereine erhöht und dabei auch die Jugendarbeit Berücksichtigung gefunden habe. Die Vorberatung des vorliegenden Beschlussvorschlages habe in der Sportausschusssitzung am 30.04.2009 stattgefunden. Die am 6. Mai 2009 anberaumte Stadtratssitzung folgte zu kurzfristig und die ursprünglich für den 3. Juni 2009 vorgesehene Stadtratssitzung fand nicht statt. Deshalb konnte die Angelegenheit nicht bereits in der letzten Wahlperiode dem Stadtrat vorgelegt werden.

Der Sportausschuss habe in seiner Sitzung am 30. April 2009 die Thematik eingehend erörtert und dem Stadtrat einstimmig den in der Drucksache enthaltenen Beschlussvorschlag empfohlen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die benötigten Mittel bereits im Haushalt des Jahres 2009 eingestellt seien und deshalb keine zusätzlichen Belastungen auftreten.

Ratsmitglied Presl nimmt Bezug auf die unterschiedliche Situation, die zwischen den Sportvereinen bestehe, welche aufgrund des Sportförderungsgesetzes öffentliche Sportanlagen kostenlos nutzen dürften und denjenigen Sportvereinen, welche eigene Anlagen unterhielten. Er erklärt, dass er sehr froh über die durch den heutigen Beschluss herbeigeführte Unterstützung der Sportvereine mit eigenen Anlagen sei.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Die Änderungen der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine wird wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 12 dargestellt beschlossen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

40 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

- Punkt 9: **Bebauungsplanverfahren Mi-H 9 „Auf Äckerchen“****
- **Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**
 - **Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)**
 - **Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 13.

Ratsmitglied Schneider spricht zunächst seinen Dank an die Bauverwaltung aus, welche viele Anregungen in der vorliegenden Drucksache eingearbeitet habe. Er verweist anschließend auf die im Anhang beigefügte Pflanzliste, welche unter anderem Obstbaumhochstämme für die Ausgleichsflächen vorsehe. Er führt weiter aus, dass die alten Obstsorten Zeugen des Könnens, des Lebens und des Wirkens unserer Vorfahren seien und ein traditionsreiches Kulturgut darstellten, welches es zu erhalten gelte. Er habe bereits im Jahr 2002 beantragt, die vom Aussterben bedrohten Obstsorten für Ausgleichsflächen vorzusehen; diese Obstsorten seien in der vorliegenden Pflanzliste jedoch nicht vertreten. Er beantrage daher, die Liste um die vom Aussterben bedrohten Sorten, welche regionaltypisch sind, zu ergänzen. Dazu gehöre beispielsweise der Herrgottsapfel und weitere andere Sorten. Darüber hinaus bitte er um eine Mitteilung der Verwaltung zu der Anzahl der gepflanzten Obstbäume.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass er den Vorschlag von Ratsmitglied Schneider für sehr gut erachte und er deshalb anrege, dass jede Fraktion und auch er als Vorsitzender eine vom Aussterben bedrohte Obstsorte für die Anpflanzung in den Ausgleichsflächen aussuchen solle.

Ratsmitglied Ruf erklärt, dass die Grüne Liste der vorliegenden Drucksache nicht zustimmen werde. Die Einrichtung des Baugebietes werde abgelehnt, unter anderem aufgrund des demografischen Wandels, der schlechten Verkehrsanbindung und der derzeitigen Wirtschaftskrise.

Ratsmitglied Dettweiler führt aus, dass das Bauamt sehr gute Arbeit geleistet habe. Die von Ratsmitglied Schneider angesprochene Pflanzenliste stelle stets nur eine nicht abschließende Empfehlung zum Bebauungsplan dar. Welche Obstsorte letztendlich tatsächlich angepflanzt werde, hänge von der Pflanzqualität und der Verfügbarkeit der entsprechenden Sorte ab.

Ratsmitglied Kroh nimmt Bezug auf die Ausführungen von Ratsmitglied Ruf und erklärt, dass die Wirtschaftskrise gerade nicht als Begründung für eine Ablehnung des Bebauungsplanes herangezogen werden könne. Die Schaffung des Baugebietes sei gerade in Zeiten der Finanzkrise notwendig, da Firmen bei der Schaffung von Bauplätzen Aufträge erhielten und darüber hinaus der Bestand des Kindergartens und der Grundschule in Mittelbach durch den Zuzug junger Familien gesichert bliebe. Die Schaffung des Baugebietes sei deshalb sehr zu begrüßen.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Der Stadtrat fasst sodann folgende

Beschlüsse:

- 1 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 13 ausgeführt behandelt.
- 2 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 13 ausgeführt behandelt.
- 3 Der Bebauungsplan Mi-H 9 „Auf Äckerchen“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die hierzu erstellte Begründung gebilligt.

Der Vorschlag von Ratsmitglied Schneider bezüglich der Einbringung der vom Aussterben bedrohten Obstsorten wird befürwortet.

- 4 Die unter Buchstabe B des Textteils des Bebauungsplanes gemäß § 88 Abs. 6 LBauO getroffenen gestalterischen Festsetzungen werden beschlossen. Die Festsetzungen sind gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan zu übernehmen.
- 5 Die „Zusammenfassende Erklärung“ zum Bebauungsplan Mi-H 9 „Auf Äckerchen“ wird gemäß § 10 Abs. 4 BauGB in der vorliegenden Fassung beschlossen. Sie ist dem Bebauungsplan beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

- 35 Ja-Stimmen
- 0 Enthaltung
- 3 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 10: Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplanverfahren NA 32 „Hinten auf den Zeilbäumen“

- **Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**
- **Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)**
- **Beschluss der Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes**
- **Satzungsbeschluss**
- **Beschluss der „Zusammenfassenden Erklärung“ gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bzw. § 10 Abs. 4 BauGB**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 14.

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass hier entgegen dem im vorangegangenen Tagesordnungspunkt behandelten Baugebiet bereits Schrebergärten bestanden hätten und somit eine andere Situation vorliege, weshalb die Fraktion Grüne Liste bei dem vorliegenden Tagesordnungspunkt ihre Zustimmung erteilen werde. Sie erwähnt weiterhin, dass es Probleme mit den dortigen Hochspannungsleitungen gebe und dass die Naturschutzverbände Bedenken geäußert hätten. Weiterhin rege sie an, wie von der Fraktion Grüne Liste bereits vorgeschlagen wurde, Bereiche für Kleingartenanlagen auszuweisen.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgende

Beschlüsse:

- 1 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 14 ausgeführt behandelt.
- 2 Die vorliegende Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes 2005 wird beschlossen und die zugehörige Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossene Flächennutzungsplanänderung gemäß § 6 Abs. 1 BauGB bei der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.
- 3 Der Bebauungsplan NA 32 „Hinten auf den Zeilbäumen“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die hierzu erstellte Begründung gebilligt.
- 4 Die unter Buchstabe B des Textteils des Bebauungsplanes gemäß § 88 Abs. 6 LBauO getroffenen gestalterischen Festsetzungen werden beschlossen. Die Festsetzungen sind gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan zu übernehmen.
- 5 Die „Zusammenfassende Erklärung“ zu Teiländerung 4 des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan NA 32 „Hinten auf den Zeilbäumen“ wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bzw. § 10 Abs. 4 BauGB in der vorliegenden Fassung beschlossen. Sie ist den Bauleitplänen beizufügen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 11: Stadtwerke Zweibrücken GmbH

- **Feststellung des Jahresabschlusses 2008**
- **Zuzahlung der Gesellschafter für den Betriebszweig Wasserversorgung**
- **Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008**
- **Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2009**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 15 und erläutert diese anschließend. Er führt insbesondere aus, dass die Stadtwerke über 117 Mitarbeiter verfüge. Aufgrund des Ausscheidens von fünf Mitarbeitern im letzten Jahr wurden fünf neue Auszubildende eingestellt; insgesamt verfüge das Unternehmen über acht Auszubildende. Die Stromabgabe habe sich um 4 % reduziert. Dies sei zwar zum einen aufgrund des damit zusammenhängenden Rückgangs des Umsatzes zu bedauern, zeuge jedoch auf der anderen Seite von einem bewussteren Umgang der Bevölkerung mit Energien. Die Gasabgabe habe sich um 6 % erhöht, was als Zeichen des Umstiegs auf alternative Energien insbesondere im Kraftfahrzeugbereich gedeutet werden könne. Die Verminderung der Trinkwasserabgabe um 1 % könne wiederum auch auf das sparsame Haushalten mit Trinkwasser sowie auf das vermehrte Einrichten von Zisternen in Gärten zurückgeführt werden. Erfreulich sei der Anstieg der Hallenbadbesucher. Nach dem Anstieg im Vorjahr um 4,5 % sei jetzt wiederum ein Anstieg von weiteren 3,5 % zu verzeichnen. Dies sei insbesondere deshalb erfreulich, da es eine große Konkurrenz an Hallenbädern in der näheren Umgebung gebe. Der Vorsitzende führt aus, dass das Ergebnis von einem rationellen und effektiven Arbeiten der Mitarbeiter und der Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH zeuge und er dem Stadtrat den in der Drucksache Nr. 15 unterbreiteten Beschlussvorschlag empfehle.

Ratsmitglied Schiller dankt den Mitarbeitern und der Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH für die hervorragende Arbeit. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag bezüglich der Stadtwerke GmbH sowie dem in dem folgenden Tagesordnungspunkt unterbreiteten Beschlussvorschlag bezüglich der Stadtwerke Service GmbH zustimmen werde.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass die SPD-Fraktion ebenfalls der Geschäftsführung und dem Personal für die gute Arbeit danke. Er erkenne jedoch noch Potentiale im ökologischen Bereich sowie bei der Preisschraube. Insgesamt sei die SPD-Fraktion jedoch sehr mit der Arbeit der Stadtwerke GmbH zufrieden.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann erklärt, dass die Fraktion Grüne Liste ebenfalls für die hervorragende Arbeit der Belegschaft und des Vorstandes der Stadtwerke GmbH danke. Wie Ratsmitglied Schneider bereits ausgeführt habe, sehe auch die Fraktion Grüne Liste im Bereich der Ökologie noch Investitionsmöglichkeiten. Klarstellend möchte er im Hinblick auf die Ausführungen des Vorsitzenden erwähnen, dass der Treibstoff Gas eher den konventionellen Energien als den alternativen Energien zuzuordnen sei.

Ratsmitglied Dr. Hitschler schließt sich im Namen der FDP-Fraktion dem Dank an das Personal und die Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH an. Er betont, dass in erster Linie jedoch die Bürger der Stadt Zweibrücken zu erwähnen seien, da man diesen die Gewinne der Stadtwerke GmbH verdanke. Er führt aus, dass die Bürger sehr viel geringere Energiepreise zahlen müssten, wenn nicht die erneuerbaren Energien jährlich sehr hoch subventi-

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

oniert würden.

Da in der Nachbarstadt Pirmasens die Gaspreise gesenkt würden, bitte er Herrn Brennemann, den Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH, um Stellungnahme, ob damit auch in Zweibrücken gerechnet werden könne.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass sich auch die Fraktion Die Linke dem Dank an die Belegschaft und die Geschäftsführung anschließe, da diese sehr gute Arbeit geleistet hätten. Die Fraktion Die Linke werde deshalb sowohl der Beschlussvorlage des Tagesordnungspunktes 11 sowie der Beschlussvorlage des Tagesordnungspunkte 12 zustimmen.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass auch die FWG-Fraktion sich den Danksagungen anschließe. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt er, dass die Stadtwerke GmbH stets bemüht sei, zum Wohle der Bürger die Gaspreise niedrig zu halten. Es müsse jedoch gesehen werden, dass der Gaspreis von vielen Faktoren, wie z.B. den Einkaufspreisen, abhängt. Festzuhalten sei, dass die Stadtwerke GmbH bislang stets hervorragende Arbeit geleistet habe.

Ratsmitglied Dr. Ohler erinnert an dieser Stelle an das 150-jährige Jubiläum der Stadtwerke im nächsten Jahr.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH, Herr Brennemann, erklärt zunächst, dass aufgrund der bestehenden Jahresverträge der Strompreis nicht unterjährig verändert werde. Es sei sehr schwierig für das kommende Jahr 2010 bereits jetzt eine Prognose zu treffen, ob die Preise stabil blieben oder erhöht würden. Dies gelte insbesondere aufgrund des Anstiegs der Rohölpreise. Aus jetziger Sicht könnte es möglicherweise zu einer Preissenkung kommen; es könne jedoch auch sein, dass zum Beginn der Heizperiode am 1. Oktober die Situation eine ganz andere sei. Eine definitive Prognose sei deshalb sehr schwierig. Abschließend erläutert Herr Brennemann, dass die Stadtwerke GmbH stets bestrebt sei, die Gaspreise für die Kunden zu senken und zahlbar zu halten, beispielsweise indem Energien günstig eingekauft würden. Erfreulich sei der zu verzeichnende Kundengewinn in den Vororten.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der in der Stadtratsdrucksache Nr. 15 unterbreitete Beschlussvorschlag wird angenommen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

Stadtwerke GmbH – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

- Punkt 12: Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH**
- **Feststellung des Jahresabschlusses 2008**
 - **Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008**
 - **Wahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Geschäftsjahres 2009**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 16. Er führt aus, dass die bis 2007 unter dem Namen Stadtwerke Zweibrücken Servicebetriebe bekannte Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH über insgesamt sechs Mitarbeiter verfüge. Die Haupttätigkeit bestehe im Betrieb der Parkhäuser. Da insgesamt eine nachlassende Nachfrage nach Parkraum in Zweibrücken zu verzeichnen sei, habe sich die Höhe der Parkentgelte um 6 % reduziert, was das Ergebnis nicht unwesentlich beeinflusse.

Ebenso wie bei der Stadtwerke GmbH sei bei der Stadtwerke Service GmbH den Mitarbeitern und der Geschäftsführung für die gute Arbeit zu danken.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Der in der Drucksache Nr. 16 unterbreitete Beschlussvorschlag wird angenommen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

Stadtwerke Service GmbH – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 13: Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 17.

Er erklärt, dass er sich insbesondere über die unter Ziffer 4 der Drucksache aufgeführte Spende des Herrn Roland Bräuer aus Schopp freue, da dieser der Musikschule Zweibrücken eine Harfe im Wert von 15.000,00 € gespendet habe.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der in der Drucksache Nr. 17 aufgeführten Spenden zu.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

14 – 1 x

20 – 1 x

40 – 1 x

41 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 14: Elektronischer Versand von Sitzungsprotokollen (Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 23.06.2009)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 18, welcher der Antrag der Grünen Liste vom 23.06.2009 zugrunde liegt.

Ratsmitglied Schanne-Raab erläutert, dass mit dem elektronischen Versand nicht nur der Sitzungsprotokolle der Stadtrats- und Hauptausschusssitzungen, sondern auch aller übrigen Ausschusssitzungen die Arbeit der Verwaltung vereinfacht und erleichtert werde. Darüber hinaus könnten Papier- und Portokosten erheblich reduziert werden.

Ratsmitglied Presl stellt den Ergänzungsantrag, wonach zusätzlich pro Fraktion ein Exemplar der Niederschrift schriftlich zur Verfügung gestellt werden solle.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass er – wie bereits in der letzten Wahlperiode – anrege, dass die Stadt die Niederschriften über den öffentlichen Teil von Sitzungen online zur Verfügung stelle.

Der Stadtrat fasst sodann **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 23.06.2009 und der Ergänzungsantrag von Ratsmitglied Presl werden angenommen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

14 – 1 x

20 – 1 x

32 – 1 x

40 – 1 x

41 – 1 x

50 – 1 x

51 – 1 x

60 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

**Punkt 15: Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2010;
Vorschlag für einen angemessenen und zumutbaren Zeitplan zur
Beratung und Beschlussfassung im November 2009
(Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2009)**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 19 und den zugrunde liegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2009.

Ratsmitglied Presl führt aus, dass mit dem Antrag zum einen erreicht werden solle, dass den Fraktionen ausreichend Zeit zur internen Beratung verbleibe und zum anderen der Haushaltsplan pünktlich zum Jahresbeginn in Kraft treten könne.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass er an dieser Stelle das Thema des Mittagessens in Ganztagschulen ansprechen müsse, da in der vorliegenden Tagesordnung der Punkt Anfragen von Ratsmitgliedern nicht aufgenommen sei. Er führt aus, dass er zu dem genannten Thema dem Oberbürgermeister einen entsprechenden Antrag der ADD zur Verfügung stelle, da der Antrag vom Schulträger zu unterzeichnen sei. Er bittet darum, dass der Antrag während der Ferien bearbeitet werde, denn das Innenministerium habe einen Fonds bereitgestellt, mit dem Kindern, welche sich bislang das Mittagessen in den Ganztagschulen nicht leisten konnten, dieses bezahlt werden könne. Da eine Umsetzung schon nach den Sommerferien erfolgen soll, habe er mit diesem Anliegen nicht bis zur nächsten Stadtratsitzung Ende August warten können.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2009 wird angenommen.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 16: Neuerstellung der öffentlichen Beleuchtung im Themenweg zwischen der Geschwister-Scholl-Allee und der Landauer Straße mit LED-Leuchten; Vergabe der Neuerstellung

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 21 und erklärt, dass die Vergabe der Neuerstellung ursprünglich als Eilentscheidung geplant gewesen sei. Da jedoch der Stadtrat heute tagt, sei der Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen gewesen.

Ratsmitglied Schneider führt aus, dass der vorliegende Tagesordnungspunkt lediglich ein Teil des Beschlusses des Stadtrates vom 24.10.2007 sei. Damals sei beschlossen worden, dass auch eine Planung aufgestellt werde; dies sei jedoch nicht erfüllt worden. Darüber hinaus sei die Bauverwaltung beauftragt worden, Erneuerungen bestehender Anlagen durchzuführen, einen Haushaltsansatz für ein verbindliches Renovierungsprogramm zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung mit einem ersten Ansatz ab dem Haushalt 2008 zu kalkulieren und anzumelden und einen Zeitplan für die Umsetzung zu erstellen. Ein weiterer Punkt sei die Dienstleistungsverbesserung der Stadtwerke mit Meldung defekter Straßenbeleuchtungen auf der Internetseite der Stadtwerke gewesen. All diese Themen seien angesprochen worden; bis heute sei jedoch noch keine Planung erfolgt. Er möchte deshalb wissen, bis wann mit einer Umsetzung dieser Punkte gerechnet werden könne.

Der Vorsitzende betont, dass es vorliegend nur um die Vergabe der Neuerstellung gehe. Die Planung sei bereits diskutiert und beschlossen worden. Bezüglich der Frage, warum die Planung bislang noch nicht ausgeführt worden sei, übergebe er das Wort an den noch amtierenden Beigeordneten Dettweiler.

Herr Dettweiler führt aus, dass der Tagesordnungspunkt, wie von dem Vorsitzenden bereits ausgeführt, ursprünglich als Eilentscheidung geplant gewesen sei, jedoch auf die vorliegende Tagesordnung gebracht worden sei, da der Stadtrat den Punkt in seiner heutigen Sitzung noch beschließen könne. Der Drucksache sei zu entnehmen, dass die Verwaltung vorliegend auf dem richtigen Weg sei.

Ratsmitglied Schneider wirft ein, dass der Teil Fasanerie jedoch fallen gelassen worden sei.

Herr Dettweiler führt aus, dass der Teil Fasanerie absichtlich fallen gelassen worden sei, damit die Stadt Kosten einsparen könne. Vorliegend sei die LED-Beleuchtung am Themenweg als Pilotprojekt zu beschließen, um Erfahrungen bezüglich dieser Beleuchtungsart zu sammeln.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der Auftrag zur Neuerstellung der öffentlichen Beleuchtung im Themenweg zwischen der Geschwister-Scholl-Allee und der Landauer Straße mit LED-Leuchten wird an die Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Gasstraße 1, 66482 Zweibrücken, zum Preis in Höhe von 29.417,99 € (inklusive 19 % Mehrwertsteuer) aufgrund ihres Angebotes vom 26.06.2009 vergeben.

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

60/66 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Punkt 17: Dorfgemeinschaftshaus Wattweiler; Vergabe Wärmedämmverbundsystem

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 22 und führt aus, dass auch dieser Punkt ursprünglich als Eilentscheidung geplant gewesen sei, jedoch aufgrund der heutigen Stadtratssitzung dem Stadtrat vorgelegt werde.

Der Stadtrat fasst sodann **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Auftrag soll an die Firma Uwe Passarge, Etzelweg 198, 66482 Zweibrücken, zum Preis von 44.383,73 € erteilt werden.

An der Abstimmung nahmen 38 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

60/65 – 1 x

1. Sitzung des Stadtrates am 8. Juli 2009

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19.11 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Prof. Dr. Reichling
Oberbürgermeister

Oberamtsrat

Stadtinspektorin